Nummer 200 | Halle, Freitag, den 27. August 1926. | 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postbezug ohne Postzeitungsgebühr 1.20 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Postzeitungsgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Raumeinheiten berechnet: die Zeile 0.25 Reichsmark, für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Ermäßigung. Vorzugspreis. Ferner Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konto: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Die Filmoberprüfungsstelle Berlin hat den neuen sowjetrussischen Propagandafilm „Die Bucht des Todes" verboten.

*

Die Linkspresse schreit Zeter und Mordio, weil Hindenburg in München u. a. auch den Forstrat Escherich besucht. — Eigentlich sollte die Linke doch mittlerweile eingesehen haben, wieviel Escherich seinerzeit durch die „Orgesch" dazu beigetragen hat, das Reich vor kommunistischen Staatsstreichen zu bewahren, und sollte dankbar anerkennen, mit wie mustergültiger Selbstverleugnung Escherich sich nach getaner Arbeit von der politischen Betätigung zurückgezogen hat.

*

Die Bank für deutsche Industrieobligationen hat die zweite Halbjahrsrate der Industriebelastung in Höhe von 62,5 Millionen Goldmark frists- und ordnungsgemäß dem Generalagenten für Reparationszahlungen für Rechnung des Treuhändlers für deutsche Industrieobligationen überwiesen.

*

Nach einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern werden in Gebirgsgegenden einzelne Beamte der Schutzpolizei und Landjägerei, um sie beweglicher zu machen, mit Schneeschuhen ausgerüstet werden.

*

Aus Regierungskreisen wird mitgeteilt, daß Polen noch immer keinerlei Anstalten trifft, das Stickstoffwerk Charzow gemäß Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes an Deutschland herauszugeben. Auf eine entsprechende, vor drei Monaten übergebene deutsche Note und auf mehrere schriftliche Hinweise hat Polen bisher überhaupt nicht geantwortet.

*

Wie die römische „Tribuna" mitteilt, hat der spanische Botschafter der italienischen Regierung eine Note über Tanger überreicht.

Marien scheint in seiner nordafrikanischen Kolonie neue militärische Mißerfolge zu haben, wie folgendes „Dementi" zeigt: Rom, 25. Aug. Die in einigen Blättern erschienenen Nachrichten über einen ungünstigen Verlauf militärischer Operationen in Tripolitanien werden an zuständiger Stelle als völlig grundlos bezeichnet.

Nach Blättermeldungen aus Mailand sind in Verona (Nord-Italien) auf Grund von Haussuchungen 400 Sozialisten verhaftet worden. Weitere Verhaftungen wurden in Padua vorgenommen.

*

Laut Pariser Meldungen hat in Marokko eine neue französische Offensive mit neun Bataillonen, 1500 Eingeborenen, fünf schweren und zahlreichen leichten Batterien begonnen. Die Rifdörfer werden unbarmherzig mit Giftgasbomben belegt.

*

Wie „Echo de Paris" mitteilt, hat der Kabinettsrat gestern die Frage des Nachfolgers de Jouvenels als Oberkommissar von Syrien geprüft. Poincaré halte trotz der Erklärung de Jouvenels die Lage in Syrien für ernst, daher sei mehr denn je die Anwesenheit eines Oberkommissars erforderlich.

*

Die Londoner „Times" berichtet aus Neuyork, die amerikanische Regierung habe beschlossen, mit Rücksicht auf die jüngsten Unruhen in der mittelamerikanischen Republik Nicaragua zwei Zerstörer nach Nicaragua zum Schutze amerikanischen Lebens und Eigentums zu entsenden.

*

Die amerikanische Regierung hat der südamerikanischen Republik einen neuen Vermittlungsvorschlag über das zwischen Chile und Peru streitige Salpetergebiet von Tacna-Arica zugehen lassen. Der bisherige Schiedsspruch des amerikanischen Präsidenten Coolidge war von Chile abgelehnt worden.

*

Der neue Leiter der Abteilung für körperliche Ertüchtigung im französischen Kriegsministerium, Oberst Fielen. General Kondolis bildet jetzt ein vor. Journal" über seine Pläne betreffend die militärische Ausbildung der Jugend einige Angaben gemacht. Danach soll die körperliche Ertüchtigung und militärische Ausbildung der Jugend obligatorisch sein.

Der Pariser „Matin" meldet, daß am Freitag kommender Woche der Botschafterrat den Bericht des Generals Walch über die deutsche Entwaffnung entgegennehme. Die immer neuen deutschen Weigerungen schafften keine günstige Situation. — Natürlich: „Keine günstige Situation", ganz wie Poincaré es haben will.

*

Durch die japanische Botschaft werden unserm Berliner Vertreter eine Anzahl japanischer Zeitungen der letzten Wochen vorgelegt, die sich eingehend mit der deutschen Abrüstungsfrage befassen. Im allgemeinen betonen die japanischen Zeitungen das beginnende Desinteressement Japans an europäische Angelegenheiten und treten dafür ein, daß Japan seine Kontrolloffiziere sofort aus Deutschland abberufen soll.

Vor einem Umsturz in Rußland.

Polen verstärkt die Garnisonen an der russischen Grenze.

Neue Sensationsmeldungen sind, laut dem holländischen „Courant", aus Sowjetrußland eingelaufen. Londoner Zeitungen berichten aus Moskau die Verhaftung von fünf Armeekommandanten wegen Duldung revolutionärer Betätigung unter den Truppen. Trotzki ist verbannt, nach unbestätigten Gerüchten sogar verhaftet worden.

Das Pariser „Journal" meldet aus Warschau: Hier wendet man der russischen Entwicklung erhöhtes Interesse zu. Die schweren Meutereien der russischen Westgarnisonen, besonders der von Nischni Nowgorod, sind in allen Einzelheiten in Warschau bekannt. Pilsudski trifft alle Präventivmaßnahmen für einen russischen Zusammenbruch. Die polnischen Ostgarnisonen werden seit einiger Zeit vorsorglich verstärkt, um ein Uebergreifen der für unabwendbar angesehenen russischen Revolution auf Polen zu verhindern.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Die Börse beurteilt die Lage in Sowjetrußland weiter als sehr ungünstig: Die russische Währung ist auch im Freiverkehr kaum noch unterzubringen. Die englische Finanz warnt die Industrie vor Lieferungen nach Sowjetrußland auf Kredit, da Sowjetrußland über keinerlei Sicherheiten für spätere Bezahlungen verfüge.

*

Nach Meldungen von den Ostseehäfen ist bis heute nichts davon bekanntgeworden, daß, wie Pariser Sonntagsblätter meldeten, die französischen Flottenmanöver in der Ostsee auch zum Anlaufen deutscher Häfen führen werden. Die Flottenmanöver beginnen in der zweiten Septemberwoche. Die französische Kriegsflotte fährt durch den Nord-Ostseekanal und beginnt ihre Uebungen nach dem Besuch des polnischen Kriegshafens Gdingen und des Hafens Mitau. — Sollte es reiner Zufall sein, daß die französische Flotte gerade in dem Augenblick eintrifft, wo Polen gegen Rußland rüstet?

*

Die großen Manöver des englischen Landheeres, die in der Nähe des Truppenübungsplatzes Aldershot stattfanden, wurden nach den Operationsplänen der Schlacht bei Tannenberg ausgeführt. — Ob auch diese Zugrundelegung russischer Verhältnisse auch nur ein Zufall ist?

Krisis in Spanien.

Das Artilleriekorps verlangt den Rücktritt des Diktators.

In einer Londoner Reutermeldung heißt es: Einer französischen Quelle zufolge ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden, infolge der Forderung der Artillerieoffiziere, daß der König den Ministerpräsidenten General Primo de Rivera entlassen solle. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Rivera dem König ein Dekret, daß das Artilleriekorps auflöst und die Waffenfabriken in Toledo und Trubia unter Zivilkontrolle stellt.

Weiter wird mitgeteilt: Der König habe sich geweigert, das ihm von Primo de Rivera vorgelegte Dekret zu unterzeichnen und sei sofort nach Santander abgereist, wo die königliche Familie sich aufhält.

Gegenrevolution in Griechenland

Aus Athen wird gemeldet: Den Parteiführern ist es nicht gelungen, eine Verständigung über die Bildung eines Koalitionskabinettes zu erzielen. General Condylis bildet jetzt ein vorläufiges Kabinett in der Voraussetzung, daß die Wahlen spätestens im Oktober stattfinden.

Kanonendonner bei Saloniki.

Dem Ungarischen Tel.-Korr.-Bureau wird aus Sofia gemeldet: Außer der Kanonade bei Saloniki wurde gestern 4 Uhr nachm. auch aus der Gegend von Serres und Drama Kanonendonner gehört, der bis 7 Uhr abends dauerte und den Charakter eines Sperrfeuers hatte. Man denkt an eine Tätigkeit der griechischen Flotte in der Gegend von Saloniki. Die den Grenzdienst versehenden bulgarischen Offiziere ersuchten um eine Unterredung mit griechischen Offizieren, um von diesen Aufklärung zu erhalten, doch waren keine griechischen Offiziere anwesend und die Soldaten wußten nichts über die Lage zu sagen. — Vermutlich handelt es sich um innergriechische Kämpfe in Zusammenhang mit dem Sturz des Diktators General Pangalos, über die von der Zensur des neuen Machthabers Nachrichten nicht durchgelassen werden.

Der Pariser „Herald" bringt die Athener Meldung, wonach Italien die Einstellung der Kriegsgerichtsverfahren gegen die Männer der gestürzten Regierung Pangalos durchgesetzt hat. Infolgedessen wurde General Pangalos nur deportiert. Die neue Regierung begegnet sich mehrenden Widerständen im Heer und in der Flotte. In Athen steigen die Lebensmittelpreise schnell, da die Einfuhren aus Nordgriechenland und Bulgarien aufgehört haben.

Zu Poincares Spaeprogramm.

Zu den von der französischen Regierung geplanten Sparmaßnahmen schreibt Gaulois: Wir glauben, daß es besser gewesen wäre, alle Franzosen mehr arbeiten zu lassen, anstatt zu rationieren, und daß eine gutbezahlte Arbeitsstunde mehr in allen öffentlichen Verwaltungen, bei den Eisenbahnen, in den Fabriken, Werkstätten und landwirtschaftlichen Betrieben dem Lande unendlich mehr nützen würde als die Veranstaltung von Volksspeisungen. Das Heil liegt nicht in einer niederdrückenden Buße, sondern in einer mutigen Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte der Nation.

Auch in den großen Pariser Zeitungen kommt immer mehr die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß der alte „große" Poincaré mit all den ihm bewilligten Sondervollmachten keine bessere Hilfe zu bringen weiß als solche „lächerlichen Mäßchen". Besonders die Broitrage schafft große Unruhe, zumal die Ernteaussichten ungünstig sind.

*

Wie „Petit Parisien" meldet, hat der kommandierende General von St. Remé, wo die Bäcker seit zwei Tagen streiken, Militärbäcker mit der Herstellung des Brotes für die Bevölkerung beauftragt.

Wir sollen Frankreich sanieren!

Besprechungen der internationalen Finanzgrößen.

Ueber die Besprechungen in Evian zwischen dem amerikanischen Finanzminister Mellon, dem Präsidenten der amerikanischen Staatsbank Strong und dem Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen, dem Amerikaner Gilbert, sowie den anderen dort weilenden Finanzsachverständigen glaubt „Echo de Paris" folgende nähere Angaben machen zu können:

Mellon hat mit Strong die Frage geprüft, welche Art finanzieller Hilfe Frankreich gewährt werden könnte, wenn das französisch-amerikanische Schuldenabkommen, das sog. Mellon-Berenger-Abkommen ratifiziert werde. Mellon hat weiter mit einem französischen Finanzsachverständigen die teilweise Mobilisierung der der Reparationskommission übergebenen deutschen Eisenbahnobligationen erörtert; hier sollen jedoch noch große Schwierigkeiten bestehen, da von der deutschen Regierung neue Zusagen hinsichtlich der Zahlungen erlangt werden müßten. Endlich soll Mellon mit Parker Gilbert über die künftige Verwendung der in Berlin für Konto der amerikanischen Regierung sich ansammelnden Mittel aus dem Dawesplan gesprochen haben, die schon eine beträchtliche Höhe erlangt hätten.

— Aus der Meldung ergibt sich: 1. Frankreich braucht Amerikas Hilfe. 2. Amerika besteht auf dem Schuldenabkommen mit Frankreich. 3. Deutschland soll der Leidtragende sein.

Und die von Deutschland erhoffte Revision des Dawesplanes?

Coolverhandlungsbereit.

Aus London wird gemeldet: Die Nachricht, daß der Bergarbeitersekretär Cook den Arbeitsministern, dem vom Kabinett die Führung etwaiger Verhandlungen übertragen worden ist, um eine Unterredung gebeten habe, wird von berufener Seite bestätigt. Der Minister wird wahrscheinlich sofort vom Lande nach London zurückkehren.

Der Pariser Sowjetbotschafter Rakowski hat seinen Urlaub unterbrochen und ist heute nachmittag nach Paris zurückgekehrt, wo er bereits heute nachmittag von Poincaré empfangen wurde.

Der Minister des Innern mobilisiert in London und an anderen Orten Polizeireserven, um gegen die Einschüchterungsversuche der weiterstreikenden einzuschreiten. Er ist fest entschlossen, den Arbeitswilligen Sicherheit zu verschaffen. Die Gerüchte über Zusammenstöße bei den Zechen sind oft übertrieben, doch ist die Lage ernst. Es ist aber durchaus nicht geplant, andere Kräfte als die der Polizei heranzuziehen.

Aufhebung der ständigen Ratssitze?

Wie die Berliner Blätter mitteilen, hat der französische juristische Sachverständige Fromageot am Dienstag in Berlin gewellt, wo er eine Unterredung mit Ministerialdirektor Dr. Gaus hatte, nachdem er vorher mit dem englischen Rechtssachverständigen Sir Decil Hurst in London Fühlung genommen hatte. Die Unterredung zwischen Formageot und Gaus erstreckte sich angeblich auf juristische und technische Fragen, die die Hauptprobleme der von der Studienkommission zu behandelnden Gegenstände betreffen. Vor allem habe es sich um die Frage gehandelt, ob gewissen nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundrates die Wiederwahl nach Ablauf der Wahlperiode garantiert werden könne.

Laut „Vossischer Zeitung" soll man übereingekommen sein, daß nach den Statuten des Völkerbundes eine solche Garantie formal nicht gegeben werden könne. Auch sei die aus gewissen englischen Kreisen stammende Anregung erörtert worden, die ständigen Ratssitze überhaupt abzuschaffen und eine vollständige Gleichheit aller Ratsmitglieder zu schaffen. Dieser Gedanke sei als undurchführbar abgelehnt worden.

— Die Scheidung von ständigen und nichtständigen Ratssitzen widerspricht unzweifelhaft aufs schroffste dem ursprünglich rein demokratischen Grundgedanken der Gleichheit aller Mitglieder der „Gesellschaft der Nationen". Aber von vornherein haben die Militärmächte, insbesondere Frankreich, diesen Grundgedanken verfälscht, weil sie der Völkerbund als ein weiteres Mittel zur Niederhaltung Deutschlands benutzen wollten und die Gleichberechtigung zwischen Siegern und Besiegten in Wirklichkeit niemals anerkannt haben.

Ob die englische Anregung ehrlich gemeint ist, sei dahingestellt, sicher ist, daß Frankreich ihr nicht Folge leisten wird. Deutschland hätte an sich, bei entsprechender Einstellung der Siegerstaaten, keinen Grund, die Einrichtung der Ständigen Ratssitze zu unterstützen. Wie die Dinge aber praktisch nun einmal liegen, müssen auch wir an dem ständigen Ratssitz festhalten, der uns einen größeren Einfluß sichert, weil wir bei völliger Gleichstellung aller mit noch größerer Sicherheit damit rechnen müßten, von der mit Frankreich durch dick und dünn gehenden, bewußt gegen uns vereinten Völkergruppe überstimmt zu werden.

Solange Sonderbündnisse zwischen Einzelstaaten in Europa nicht verhindert werden können, gibt es keine wirkliche Gleichheit und Demokratie im Völkerbund und solange können auch wir nicht auf den Vorrang der ständigen Ratssitze verzichten. Die Annahme der Anträge Spaniens und Polens auf Zuteilung ständiger Ratssitze würde daher auch von vornherein eine weitere erhebliche Schwächung der durch die Sonderbündnisse der Alliierten ja sowieso dem eigentlichen Sinn des Völkerbundes in keiner Weise genügenden Stellung Deutschlands bedeuten.

*

Wir wir erfahren, haben die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris, London und Rom in den letzten Tagen Besprechungen mit den dortigen Außenministern gehabt. Auf Grund dieser Rücktragen ist die deutsche Beurteilung der Aussichten in Genf, wie schon gestern von uns berichtet, wieder eine zuversichtlichere geworden.

Polen verlangt einen ständigen Ratssitz.

Der „Züricher Tag.-Anz." meldet aus Genf: Der gestrige Tag hat in der Völkerbundfrage eine neue Ueberraschung gebracht. Polen hat offiziell seinen Eventualantrag auf einen ständigen Ratssitz überreicht. Die Ueberreichung an Sir Drummond erfolgte durch den polnischen Gesandten aus Bern.

*

Minister des Aeußern Zaleski äußerte sich zu seiner Abreise nach Paris Pressevertretern gegenüber wie folgt: Ich reise zur Völkerbundstagung in der Hoffnung, daß die dort versammelten Staaten unseren bestimmten Willen, in den Völkerbundsrat einzutreten, richtig, d. h. unter der Berücksichtigung der Bedingungen Polens, seiner politischen Lage und seiner Bevölkerungszahl, ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260827017/fragment/page=0001

...tschen und den Rat Polens als des Mitarbeiters an der Sicherheit eines dauernden Friedens zu würdigen wissen werden. Wenn man in Genf diese zwei Momente entsprechend verstehen wird, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß Polen als ständiger Mitarbeiter dem Völkerbundsrat beitritt.

Von Spanien keine Schwierigkeiten?

Die demokratische „Vossische Zeitung" will aus Genf wissen, daß der Präsident der Studienkommission, der schweizerische Bundesrat Motta, von spanischer Seite verständigt worden sei, daß die spanische Regierung in der Frage der ständigen Ratssitze keine Schwierigkeiten machen werde und bereit sei, die Prüfung einer Vermehrung der ständigen Ratssitze über den deutschen Sitz hinaus bis nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verschieben. — Angesichts der ganz auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verrannten Quelle, aus der diese Nachricht stammt, ist sie mit allem Vorbehalt zu bewerten.

Japans neue Auswanderungspolitik

Eine Verbeugung vor Amerika.

Bei der Ankündigung der Eröffnung der Süd-Pazific-Handelskonferenz am 11. September erklärte ein Mitglied des japanischen Auswärtigen Amtes, Japan habe seine gesamte Auswanderungspolitik umgestoßen. Japan beabsichtige, in Zukunft Hokkaido, Formosa und seine anderen Besitzungen zu kolonisieren. Es beabsichtige jedoch nicht, Auswanderer nach Australien, Kanada oder anderen Ländern zu entsenden, da es erkenne, daß seine bisherige Politik viel Schwierigkeiten und viel Verstimmung verursacht habe. Japans Politik sei jetzt, den Handel mit anderen Ländern, insbesondere mit denen in Süd-Pazific, zu verbessern und die Industrie zu ermutigen, eine riesige Ausfuhr auszubauen.

— Das auffallende an dieser Erklärung ist das unverkennbare Bestreben, die Reibungen mit Amerika zu vermeiden, die ja im wesentlichen mit der japanischen Einwanderung nach Amerika zusammenhängen.

•

In einem Leitartikel beschäftigt sich der Londoner „Daily Telegraph" mit den japanischen Erklärungen zur Auswanderungspolitik. Das Blatt bezeichnet die Darlegungen als eine Erklärung ersten Ranges, der eine hohe internationale Bedeutung zukomme und die von maßgebendem Einfluß auf den Weltfrieden sein werde. Wenn das Problem des Stillen Ozeans auch weiterhin fortbestehe, so werde doch durch die japanischen Erklärungen die schwierigste Seite dieses Problems ausgeschaltet.

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 48.

Nach einer Berliner Zeitungsmeldung hat der Reichsminister des Innern nunmehr die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 der Reichsverfassung fertig ausgearbeitet. Artikel 48 gibt dem Reichspräsidenten die Vollmacht, im Falle der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wesentliche, in der Verfassung festgelegte Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen und Maßnahmen zu treffen, um erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten. Die nunmehr fertiggestellten Ausführungsbestimmungen gehen jetzt den zuständigen Ressorts, dem Justizministe und dem Reichswehrministerium, sowie den Länderregierungen zu.

Vertreter der englischen Bergwerksgewerkschaft weilen seit gestern wieder in Berlin, wo sie Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaftsvertretern führen. Der bevorstehende Zusammenbruch der englischen Bergarbeiterbewegung soll jedenfalls durch den Versuch einer nochmaligen russischen Millionenunterstützung abgewendet werden. Mit den deutschen Gewerkschaften sind keine Besprechungen vorgesehen.

Reichsbahnbeamte und das Eisenbahnverbrechen von Hannover.

Vom Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -Anwärter wird uns geschrieben:

In seinen Mitteilungen an die Presse hat sich der stellvertretende Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller dagegen gewandt, daß der Unfall in irgendwelche Beziehungen zu dem erfolgten Personalabbau gesetzt werde und hat dabei zugegeben, daß durch

Fortfall der Nachtrevision

die Zahl der Streckenbegehungen, die früher zweimal am Tage und einmal in der Nacht vorgenommen wurden, aus Sparsamkeitsgründen reduziert worden ist. Diese Maßnahme sei schon vor dem eigentlichen Personalabbau im Jahre 1922 durchgeführt worden. Hierzu muß festgestellt werden, daß der diese Ersparnismaßnahmen anordnende Erlaß das Datum des 31. Dezember 1922 trägt (Gesch. Nr. E. VIII. 87. D. 27581). Es ist also auf alle Fälle um eine Maßnahme, durch die Personal erspart werden sollte.

Es ist nicht zu verkennen, daß der gegen früher sowohl seiner Bauart als auch seiner Lagerung nach wesentlich verbesserte und verstärkte Oberbau eine größere Sicherheit gegen Beschädigungen im Betriebe aufweist, daß aber auch der stärkste Oberbau keinen Schutz gewähren kann, wenn verbrecherische Eingriffe vorgenommen werden. Deshalb lag in der nächtlichen Kontrolle der Strecke zweifellos

eine höhere Sicherheit,

die durch die Einstellung der nächtlichen Kontrollgänge weggefallen ist. Es ist selbstverständlich, daß der die Kontrolle ausführende Beamte mit einer Laterne ausgerüstet war und nicht im Dunkeln, nur um formell seiner Pflicht zu genügen, herumlief. Er war also durchaus imstande, Schäden zu entdecken. Es hätte in der nächtlichen Stille jedenfalls ein Herumhantieren mit eisernen Werkzeugen — und nur solche kommen in Frage — weithin gehört werden müssen. Jeder Sachkundige weiß das. Auf alle Fälle mußte die nächtliche Streckenbegehung abschreckend auf Leute wirken, die verbrecherische Eingriffe vorhatten. Inwiefern hat die Personal sparende Maßnahme der Verwaltung zum mindesten die Betriebssicherheit nicht gefördert.

Der Generaldirektor Dorpmüller nennt als Grund zum Fortfall der nächtlichen Streckenbegehung, daß diese nach den Erfahrungen keinen rechten Zweck gehabt hätte, weil die revidierenden Beamten **nicht vorschriftsmäßig** zwischen den Schienen auf dem Schotter, sondern auf dem schmalen Fußweg daneben ihre nächtlichen Gänge ausgeführt hätten. Gegen eine solche Darstellung muß sich das Personal mit aller Energie wenden. Dadurch wird klipp und klar der Vorwurf erhoben, daß die revidierenden Beamten nicht ihre Pflicht getan hätten. Selbst wenn einzelne solcher Fälle vorgekommen sein sollten, so hat doch jeder im Betriebe erfahrene Eisenbahner

das typische Bild des Streckenläufers

vor sich, der, mit Werkzeug und Signalmitteln ausgerüstet, in Regen und Sturm, bei Kälte und Hitze, zwischen den Schienen von Schwelle zu Schwelle dahinmarschiert, die Augen unablässig auf den Oberbau gerichtet. Auf dem schmalen Fußweg neben dem Gleise bei Nacht zu gehen, hatten die Beamten schon deshalb keine Veranlassung, weil man zwischen den Schienen von Schwelle zu Schwelle viel sicherer und angenehmer schreitet. Jeder, der jemals zwischen Eisenbahnschienen ging, wird wissen, daß die Oberfläche der Schwellen vollkommen frei liegt und mindestens eine Handbreit über den Schotter, so daß man beim Marschieren in der Mitte zwischen den Schienen überhaupt nicht den Schotter zu begehen braucht. Dadurch richtet sich die tendenziöse Darstellung des Generaldirektors von selbst.

Um die verbrecherische Gleiszerstörung zu bewirken, mußten etwa 40 dicke Schwellenschrauben und 8 schwere Laschenbolzen, die sich an einer Schiene befinden, zum größten Teil entfernt werden. Hierzu war äußerste Kraftanstrengung notwendig, die unbedingt nur von mehreren Tätern ausgeübt werden konnte, da das Ansetzen der Schrauben bei der Gleislegung immer nur von mindestens zwei Arbeitern bewerkstelligt wird. Für das Lösen dieser Schrauben, die schon nach verhältnismäßig kurzer Lagerung verrostet sind und daher um so schwerer entfernt werden können, ist aber **nicht nur die Kraftanstrengung mehrerer Männer**, sondern auch die Aufwendung einer **längeren** Arbeitszeit nötig gewesen. Es wäre daher sehr leicht möglich gewesen, daß eine nächtliche Kontrolle

die etwaigen Täter bei ihrer verbrecherischen Arbeit überrascht

hätte. Hoffentlich sind nicht weitere Katastrophen nötig, um zu beweisen, daß die Ersparnismaßnahmen des Personalabbaues bei der Reichsbahn entschieden zu weit gegangen sind.

Die im Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -Anwärter organisierten Eisenbahnbeamten bedauern es außerordentlich, daß der Generaldirektor es für zweckmäßig hält, bei dem vorliegenden traurigen Anlaß eine ganze Beamtengruppe der Pflichtverletzung zu bezichtigen; selbst etwa vorgekommene Einzelfälle berechtigen ihn nicht zu solcher Verallgemeinerung, gegen die mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden muß.

Niemand wird so töricht sein, vernünftige Ersparnismaßnahmen zu bekämpfen. Sie aber mit Unzuverlässigkeit und Pflichtverletzung der betreffenden Beamtengruppe zu begründen, ist eine Handlungsweise, die der neue Generaldirektor, der bisher noch kein Wort für die Beamtenschaft übrig gehabt hat, gegenüber der Oeffentlichkeit nicht gerade hätte anzuwenden brauchen.

Die Arbeitslosen müssen Landarbeit annehmen.

Auf eine Beschwerde über die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung im Gebiete des Kreises Friesenwalde hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt die grundsätzliche Antwort erteilt, daß die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung in den Fällen gerechtfertigt ist, wo die Arbeitsnachweise genügend Arbeitsstellen in der Landwirtschaft anweisen konnten. Die Unterstützung sei insbesondere denjenigen ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen zu entziehen, die sich nicht um landwirtschaftliche Arbeiten bemühten, oder sogar ablehnten, in der Landwirtschaft zu arbeiten.

— Sofern dieser Standpunkt wirklich strikt durchgeführt wird, bedeutet er eine außerordentlich weittragende Neuerung.

Zur Arbeitszeitfrage bei der Reichsbahn.

Wie der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands mitteilt, richtete der Verbandsbeirat und Vorstand des Einheitsverbandes erneut an den Reichstag und die Reichsregierung die dringende Forderung, den Achtstundentag einheitlich für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gesetzlich festzulegen und das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Die Konferenz erwartet, daß dieser Forderung in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf eines „Arbeitszeitschutzgesetzes" Rechnung getragen und das gesamte Reichsbahnpersonal einer den Forderungen der Gewerkschaften entsprechenden einheitlichen Arbeitszeitgesetzgebung unterstellt wird.

Preußens Anleiheverhandlungen stehen vor dem Abschluß. Die Dollaranleihe wird sich auf etwa zwanzig Jahre erstrecken und in erster Linie zur Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken, Häfen und Hafenanlagen sowie zur Förderung der Landeskultur bestimmt sein.

Gegen die Hörsinge.

Generaldezernenten für Polizeisachen in Preußen.

Zur Erzielung einer einheitlichen Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten bei den preußischen Oberpräsidien und Regierungen ist es notwendig, für die gesamten Polizeidezernate bei einer Behörde einen Generaldezernenten zu bestellen, der die Ober- und Regierungspräsidenten und deren ständige Stellvertreter, denen die Wahrung der Einheitlichkeit in erster Linie obliegt, bei dieser Aufgabe zu unterstützen hat. Deshalb wird in einem gemeinsamen Runderlaß des preußischen Innenministers und Finanzministers angeordnet, daß bei allen Oberpräsidien und Regierungen einer der Polizeidezernenten mit dieser Aufgabe betraut und als Generaldezernent in Polizeiangelegenheiten bestellt wird. Diesem Generaldezernenten sind fortan, unbeschadet der sonst angeordneten Vorlegungen, alle Eingänge für die Polizeidezernate vorzulegen, und er ist bei allen Sachen, bei denen er es für nötig hält, mitzubeteiligen. Eine dem andern Polizeidezernenten übergeordnete Stellung wird ihm dadurch nicht zugewiesen.

— Es gehört nicht viel Spürsinn dazu, um zu merken, daß diese Neuerung zusammenhängt mit dem Vorgehen des Oberpräsidenten unserer Provinz in der Magdeburger Mordsache: es soll ihm und anderen Regierungsgewaltigen ein Kontrollorgan vor die Nase gesetzt werden. Insoweit wird man den Runderlaß durchaus begrüßen können, wenn auch der für Hörfing darin liegende Rüffel reichlich sanft in der Form ist. Andererseits liegt in der Neuerung auch eine gewisse Gefahr: daß damit Stellen geschaffen werden, die es gewissermaßen als ihres Amtes ansehen können, grundsätzlich in alle irgendwie politischen Strafuntersuchungen einzugreifen. Hoffen wir, daß sie im Gegenteil ihre Hauptaufgabe darin sieht, Reibungen mit der Justiz und Eingriffe in deren in der Verfassung verankerten Aufgaben zu vermeiden.

Polizeilicher Schutz der Arbeitsnachweise.

Die gegenwärtige ungünstige Arbeitslage bringt es mit sich, daß bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen der auch in weniger gepanzten Zeiten schon starke Andrang der Arbeitsuchenden sich wesentlich erhöht hat. Das führt dazu, daß die Arbeitsuchenden oft zu längerem Warten gezwungen sind und sich alsdann ihrem Unwillen hierüber Ausdruck geben. Die dabei vorkommenden Störungen der Ruhe und Ordnung sind geeignet, das schnelle Arbeiten der Beamten der Arbeitsnachweise zum Nachteil der Arbeitsuchenden selbst zu beeinträchtigen und unter Umständen sogar vollständig zu unterbinden. Wie amtlich mitgeteilt wird, werden daher die preußischen Polizeibehörden auf die Notwendigkeit eines ausreichenden polizeilichen Schutzes der Arbeitsnachweise durch einen gemeinsamen Runderlaß des Ministers des Innern und des Handelsministers besonders hingewiesen. Bei größeren Arbeitsnachweisen wird sich dieser Schutz unter Umständen auch auf die Diensträume selbst zu erstrecken haben, damit insbesondere im Interesse der Arbeitsuchenden ein ungestörter Verkehr und eine beschleunigte Abfertigung sichergestellt bleibt.

— Anstoß zu diesem Runderlaß werden insbesondere die mehrfachen ernsten Unruhen vor dem Arbeitsnachweis in Berlin gegeben haben. Leider wird ja die bittere Stimmung der Opfer der Wirtschaftskrise immer wieder von Hetzern zu revolutionären Zwecken ausgenutzt, so daß ein Schutz der ruhigen Elemente und der prompten Erledigung der Arbeit der Nachweisstellen unentbehrlich wird.

Radio Anlagen u. Ersatzteile **W. Köhler, Halle-S.** Dachritzstr. 2 Tel. 9120

Mit dem Kurbelkasten im Vogelparadies.

Von Dr. Ulrich, K. L. Schulz,
Leiter der biologischen Abteilung der Ufa.

Wir verließen Berlin Mitte des Monats Juni, also zu einer Zeit, wo die Sonne es noch des öfteren recht gut meinte, um uns nach der kleinen Nordseeinsel Langeoog, unweit Norderney, zu begeben. Beim Abschied von den Kollegen in Berlin merkte man es jedem einzelnen an, daß er im Stillen dachte: Na, die haben es ja in den nächsten Wochen mehr als gut! So ein paar Meter Film von Möven und anderem Vogelzeug werden natürlich in wenigen Stunden gedreht, und die übrige Zeit ist Erholung.

In unserem Programm standen vor allem Bilder vom Brutgeschäft und der Pflege der Jungen, natürlich alles in Großaufnahmen, ferner Zeitlupen-Großaufnahmen von Abflug und Landung. Die erste Besichtigung der Vogelkolonie, in der zirka 15 000 Paare von Silbermöven leben, belehrte uns bald, daß wir vor einer recht schwierigen Aufgabe standen. Obwohl wir mit guten Tele-Objektiven von 15, 24 und 36 Zentimetern Brennweite ausgestattet waren, bewiesen uns die ersten Fehlresultate, daß ein drehender Kurbelmann für die Möven, zumal wenn die Zeitlupe mit ihrem laut surrenden Gang in Aktion tritt, ein völlig naturwidriges Etwas darstellt, das unter allen Umständen zu meiden ist. So konnte wir nicht weiterarbeiten — erstens, weil unsere „Stars", einmal aufgescheucht, nicht zur Räckehr zu bewegen waren, und zweitens, weil auf diese Weise Hunderte von jungen Möven, die in ihren Eiern der Geburt harrten, hätten umkommen müssen. Genau wie die Brüteier unserer Hühner, vertragen die Möveneier nur eine ganz kurze Abweicheit der Eltern. Es blieb nun nichts anderes übrig, als den Apparat einzubauen und zu verkleiden. Leicht gesagt — auf einer Insel, die aus Dünen und Strand besteht, und auf der Bäume und Sträucher beim besten Willen nicht zu finden sind! Also auf an den Strand, um nach Strandgut zu suchen!

Wir hatten Glück, fanden Bohlen, Bretter und einige Rohrmatten. Die Bretter wurden zerspalten, ein notdürftiges Gerüst errichtet, das dann mit den Rohrmatten und unzähligen, Halm für Halm gepflückten, Strandhaferpflanzen verkleidet wurde. Jetzt kam die zweite Schwierigkeit, die Möven an die neue Umgebung und an das Gerüsch der Apparate zu gewöhnen. In aller Frühe bezogen wir, mit Proviant für den ganzen Tag versehen, die Hütte und begannen mit dem Drehen der ungeladenen Apparate. Tagelang, bei Gluthitze und bei strömendem Regen, mußte dies „blinde" Drehen fortgesetzt werden, damit sich die Tiere gewöhnten. Nach fünf nicht endenwollenden Tagen waren die Möven endlich so weit „kurbelzahm", daß mit den Aufnahmen begonnen werden konnte.

Man wird mir glauben, daß ich hinreichend Gelegenheit hatte, mich in Physiognomie und Psyche der Möven zu vertiefen. Es sind merkwürdige Geschöpfe, und ich kann mich nicht ganz einverstanden mit Christian Morgenstern erklären, denn sie sehen nicht alle aus wie „Emma", sondern es gibt bestimmt einige, die „Annie" oder „Meta" heißen!

Kaiser Franz, dem „nichts einfiel".

In der Hofburg war geistreiches Rätselraten ringsum. Aber als Kaiser Franz an der Reihe war, ein Rätsel aufzugeben, seufzte er nach einer erlieblichen Weile des Nachdenkens: „Mir fällt nichts ein!" Und das Rätselraten ging weiter ringsum, bis es an den preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, nachher den vierten seines Namens kam, ein Rätsel aufzugeben. „Wer ist der beste Baumeister?" fragte er, aber niemand wußte die Antwort, bis der Kronprinz selbst die Lösung gab: „Seine apostolische Majestät, denn ihm fällt nichts ein." Welcher Geistreich'um aber dem Kronprinzen einen väterlichen Anpfiff eintrug.

E. E. Z.

Der Begründer der modernen Geschichtswissenschaft.

Zu Georg Niebuhrs 150. Geburtstag.
27. August 1778.

Der Name Georg Niebuhr führt uns in die trübe Zeit der Erniedrigung und der Ohnmacht Preußens und Deutschlands. 1806 rief ihn der Freiherr vom Stein in die preußische Regierung zur Regelung der großen finanziellen Schwierigkeiten. Dafür schien ihm Niebuhr, der königlich dänischer Bankdirektor war, besonders befähigt. Niebuhr war als Sohn des berühmten Reisenden Karsten Niebuhr in Kopenhagen am 27. August 1776 geboren, hatte in Kiel die Rechtswissenschaft studiert und dieses Studium dann durch längeren Aufenthalt in London und Edinburg vertieft, wo er sich besonders dem Handel und dem Geldverkehr zuwandte. Daraufhin hatte ihn die dänische Regierung als ihren Bankdirektor nach Kopenhagen berufen.

Stein hatte sich in Niebuhr nicht getäuscht. Er löste im Ministerium — als Geheimer Staatsrat — nicht nur die finanziellen Fragen, sondern zeigte auch sonst diplomatische und politische Fähigkeiten. So wurde er von 1816 bis 1823 preußischer Gesandter in Rom, und durch sein Geschick ist die sogenannte Zirkumskriptionsbulle von 1821 zustande gekommen, die neue Vereinbarungen über die Begrenzung und Einteilung der Diözesen und die Dotation der Erzbistümer und Bistümer festsetzte. Vordem war ihm noch ein anderes großes Werk gelungen. Getrieben von begeisterter Vaterlandsliebe und dem Gefühl, daß aus der tiefen Not nur gründliche moralische und geistige Bildung des ganzen Volkes herausführen könne, haben er und Humboldt alle Kräfte daran gesetzt, die Universität Berlin ins Leben zu rufen. Das geschah im Jahre 1809.

Niebuhr hat an der Berliner Universität und nachher in Bonn die römische Geschichte gelehrt, und jeder aus der älteren Generation, der das Gymnasium besucht hat, kennt Niebuhrs „Römische Geschichte". Sein größtes Verdienst liegt in der Umgestaltung der ganzen Geschichtsforschung, in der Begründung der wissenschaftlichen Kritik. Er betrachtete die Historie unter dem Gesichtswinkel der neugewonnenen modernen Naturerkenntnis, er suchte, „die unter der Hülle der Sagendichtung verborgene Wahrheit zu erkennen, ans Licht zu bringen und aus den brauchbaren Werkstücken ein neues historisches Gebäude aufzuführen". Mit ihm ging Schlosser, und auf ihn aufgebaut hat Ranke. Sein Wirken fällt in die Zeit der Wiederbegründung der ganzen deutschen Wissenschaft: die beiden Grimm legten den Grundstein zu unserer deutschen Sprachforschung, Bopp hob die Schätze des Sanskrit, Diez begründete die romanische Sprachwissenschaft.

Leider rief Niebuhr der Tod schon in seinen besten Jahren ab. Er ist in Bonn am 2. Januar 1831 gestorben.

E. K.

Hochschulnachrichten.

Heidelberg. Wie wir hören, ist der a. o. Professor Dr. Oskar Gans, Oberarzt der Universitäts-Hautklinik in Heidelberg, an die Mayo-Clinic in Rochester (U. S. A.) berufen worden, um dort im Laufe des Wintersemesters Vorlesungen über die „Histologie der Hautkrankheiten" zu halten. Professor Gans wird die Ausreise bereits im September antreten.

Jena. Ernannt wurde vom 1. Oktober 1926 ab der a. o. Professor Dr. med. Wolfgang Veil von der Universität München zum ordentlichen Professor und Direktor der medizinischen Klinik in Jena als Nachfolger von Prof. Stepp.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260827017/fragment/page=0002